



DIE PLANUNG ZUR NEUEN BEGEGNUNGSSTÄTTE FÜR DROGENSUCHTKRANKE IN LÜBECK GEHT VORAN

Veröffentlicht am 07.09.2021 um 10:00 Uhr

Der Beschlussvorschlag für die Ausgestaltung der Begegnungsstätte für Drogensuchtkranke wird in die Bürgerschaftssitzung in Lübeck am 30.09.2021 eingebracht. Der Betrieb der Begegnungsstätte ist ab dem Jahr 2022 zunächst für eine Dauer von 10 Jahren vorgesehen.

Aus der in 2019 gegründeten Sicherheitspartnerschaft zwischen der Hansestadt Lübeck und der Polizeidirektion Lübeck sowie unter Beteiligung weiterer Kooperationspartner hat sich nach der Auflösung des Treffpunktes am Krähenteich die Notwendigkeit der Einrichtung einer Begegnungsstätte für Drogensuchtkranke ergeben. Der bisherige Kontaktladen



/ Foto: Pixabay

Tea & Talk stößt mittlerweile an seine Kapazitätsgrenzen und die Räumlichkeiten sind für die dortigen Angebote nicht optimal geeignet. Es ist vorgesehen, dass die neue Begegnungsstätte als Ersatz für den Kontaktladen Tea & Talk von der AWO betrieben wird.

Menschen mit Drogensuchtproblematiken sollen anstatt einer offenen Drogenszene einen geschützten Raum als Anlaufstelle für sozialen Austausch, Beratung und Hilfe vorfinden. Die Begegnungsstätte wird auf der Freifläche unterhalb der Marienbrücke zwischen der Willy-Brandt-Allee und der Straße Auf der Wallhalbinsel entstehen.

Der Beschlussvorschlag zur Umsetzung und der inhaltlichen Ausgestaltung der Begegnungsstätte für Drogensuchtkranke wird in die Bürgerschaftssitzung am 30.09.2021 eingebracht. Der Betrieb der Begegnungsstätte ist ab dem Jahr 2022 zunächst für eine Dauer von 10 Jahren vorgesehen.

Sozialsenator Sven Schindler: „Ich freue mich, dass wir jetzt ein fachlich breit abgestimmtes Konzept für die neue Begegnungsstätte haben, sowohl inhaltlich als auch baulich. Wenn die Bürgerschaft zustimmt, können wir den Drogensuchtkranken ab 2022 für zunächst 10 Jahre ein zeitgemäßes, Nachfrage orientiertes Angebot für einen neuen Treffpunkt unter der Aufsicht der AWO machen.“

Innensenator Ludger Hinsen ergänzt: „Ich freue mich sehr, dass meine Kolleg:innen von der Polizei und vom Ordnungsdienst drogenkranke Menschen bald auf zusätzliche Hilfsangebote hinweisen können.“